

# Süddeutsche Zeitung

NEUESTE NACHRICHTEN AUS POLITIK, KULTUR, WIRTSCHAFT UND SPORT

WWW.SÜDDEUTSCHE.DE

HF1 HK1 HS1 HH1

MÜNCHEN, MONTAG, 30. JUNI 2014

70. JAHRGANG / 27. WOCHE / NR. 147 / 2,30 EURO

## Das Streiflicht

(SZ) Günter Grass möchte gerne als Kuckuck wiedergeboren werden. Das hat er jetzt im Magazin *Focus* angekündigt. Viele hatten geglaubt, Grass würde am liebsten als Grass wiedergeboren werden, damit er als einziger deutscher Schriftsteller den Nobelpreis zweimal bekommt. Aber das stimmt nicht: Grass wünscht sich eine Wiedergeburt als Kuckuck und am besten noch vor der Wiedergeburt von Martin Walser als Specht. Sollte Peter Handke als Nachtigall wiedergeboren werden und Martin Mosebach als Pfau, wäre die deutsche Literaturlandschaft der kommenden Jahrzehnte so reich an bunten Vögeln, dass man sich wünscht, es hätte nie einen Grass, einen Walser, einen Handke, einen Mosebach gegeben, sondern nur den Kuckuck aus Lübeck, den Specht aus Überlingen, den Pfau aus Frankfurt und die Nachtigall aus Chaville.

Hans Magnus Enzensberger, der mit Abstand luftigste unter den zeitgenössischen Dichtern, möchte gar nicht zurückkehren, sondern lieber gleich dableiben, weil er als Enzensberger hoch genug über allem schwebt. Natürlich würde auch Grass am liebsten dableiben, aber wenn man schon einmal gefragt wird, in welcher Gestalt man zurückkehren möchte, sucht man sich am besten ein Tier aus, das ausgefallene menschliche Eigenschaften besitzt. Im Fall des Grass-Kuckucks ist es das Bedürfnis, seine Eier in fremde Nester zu legen, also auf burschikos raffinierte Art Einfluss auf fremde Verhältnisse zu nehmen. Außerdem wird dem Kuckuck die Neigung zugeschrieben, so Grass, „jedes Jahr wieder Versprechungen zu machen mit seinen Rufen“. Danach müsste die gesamte große Koalition als großer Kuckuck wiedergeboren werden, aber das ist natürlich jetzt auch ein bisschen Kabarett, und das will ja kein Mensch. Juli Zeh, die Bundesverfassungsdichterin, möchte übrigens als Bundesadlerin wiederkehren und kritischen Einfluss auf die offiziellen Briefköpfe der Abgeordneten nehmen.

Günter Grass hat aber noch einen Wunsch geäußert, und der hat mit der seines Erachtens unverschämten Weise zu tun, mit welcher die Kanzlerin die deutschen Autoren missachte. Sie habe nämlich auf deren Protestbrief gegen die NSA-Überwachung nicht reagiert. Deshalb würde Grass, wäre er jünger, so lange in einem Zelt vor dem Kanzleramt ausharren, bis die Kanzlerin ans Zelt kommt und „Kuckuck!“ ruft. Die Kanzlerin neigt nämlich dazu, die Dinge auszusetzen. Das tut der Kuckuck übrigens auch, wenn er zur Abwechslung seine eigenen Eier ausbrütet und nicht darauf wartet, dass es ein Vogel aus einem Fremdnest übernimmt. Kenner des Literaturlebens können sich an den Krallen abzählen, dass im Fall all dieser Wiedergeburten der einzigartige Marcel Reich-Ranicki keineswegs als Kormoran zurückkehren möchte, sondern auf jeden Fall als Jäger und Fallensteller.

## HEUTE

**Meinung**  
Das G 8 ist gescheitert. Eine bloße Rückkehr zum G 9 aber darf es nicht geben ..... 4

**Panorama**  
Politik und Party: Kreuzberg feiert eine besetzte Schule, in der noch immer Flüchtlinge ausharren ..... 8

**Schule und Hochschule**  
Der Pisa-Experte Manfred Prenzel führt künftig den Wissenschaftsrat ..... 15

**Wissen**  
Spanische Forscher simulieren Sandstürme auf dem Mars im Labor ..... 18

**Sport**  
Eishockey-Wunderkind: Die Edmonton Oilers engagieren Deutschen Leon Draisaitl ..... 34

Medien, TV-/ Radioprogramm ..... 25, 26  
Forum & Leserbrief ..... 17  
München - Bayern ..... 36  
Rätsel ..... 25  
Familienanzeigen ..... 13

Süddeutsche Zeitung GmbH, Hultschiner Straße 8, 81677 München, Telefon 089/2183-0, Telefax -9777; redaktion@sueddeutsche.de  
Anzeigen: Telefon 089/2183-1010 (Immobilien- und Mietmarkt), 089/2183-1020 (Motormarkt), 089/2183-1030 (Stellenmarkt, weitere Märkte), Abo-Service: Telefon 089/21 83-80 80, www.sz.de/abo  
A, B, E, F, GR, I, NL, SLO, SK, € 3,00; Dkr. 23; € 3,00; kn 27; sfr. 4,80; czk 85; Ft 780



## Demokratie wagen

„Erst wenn Hongkong seine Rechte erkämpft hat, gibt es Hoffnung für China.“ Das ist die Überzeugung der jungen Leute in der Stadt, die Großbritannien am 1. Juli 1997 an Peking übergab. Seit Monaten gibt es eine größer werdende Protestbewegung, die auch an das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking erinnert. Fast 800 000 Menschen haben sich nun in einem inoffiziellen Referendum für mehr Demokratie ausgesprochen. Die Zahl überraschte selbst die Organisatoren. FOTO: JESSICA HRONAS/GETTY > Seite 3

## Kiew will Macht an Ostukraine abgeben

Präsident Poroschenko verspricht Verfassungsreform mit mehr Einfluss für Regionen und Städte. Europäische Union muss über Sanktionen gegen Russland entscheiden

VON DANIEL BRÖSSLER UND CATHRIN KAHLWEIT

**Brüssel/Wien** – Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat ungeachtet der fortgesetzten Kämpfe im Osten des Landes angekündigt, Teile seines Friedensplans umzusetzen. Poroschenko hatte zuvor die Waffenruhe, der weitere Verhandlungen mit den Separatisten in Donezk und Lugansk folgen sollten, bis zum Montagabend verlängert. Gleichzeitig kündigte er aber schon am Wochenende die größte Reform des Grundgesetzes seit 20 Jahren an. Die Kommunen sollen deutlich mehr Machtbefugnisse erhalten, sagte der 48-Jährige am Samstag in Kiew. Auch die Staatsfinanzen würden „dezentralisiert“. So solle ein bedeutender Teil der Steuern in den Regionen bleiben und nicht mehr an

die Machtzentrale Kiew fließen. „Zum ersten Mal bekommen nicht der Präsident oder das Parlament mehr Rechte, sondern die Inhaber der Macht – das Volk und die Organe der örtlichen Selbstverwaltung“, sagte Poroschenko. Eine Dezentralisierung der Macht war eine der ursprünglichen Kernforderungen der Separatisten im Osten gewesen, wobei sie unter anderem Russisch als Staatssprache einführen wollten. Das lehnt Kiew weiterhin ab. Politische Zugeständnisse an die Bevölkerung in der Ostukraine sind – neben militärischen Schritten zur Deeskalation – Teile von Poroschenkos Friedensplan gewesen.

Der Europäischen Union ist der Druck, unter dem Poroschenko steht, spätestens seit dessen Auftritt auf dem EU-Gipfel in Brüssel am Freitag klar. Die Staats- und Regierungschefs würdigten im Anschluss

dessen Mut. Poroschenko war es gelungen, die Verlängerung der von ihm verkündeten Waffenruhe um 72 Stunden mit neuen Sanktionsdrohungen der EU zu verknüpfen. Die EU muss nun am Dienstag entscheiden, inwieweit ihre Forderungen von Russland erfüllt worden sind – und ob sie umgehend die Liste jener Personen verlängert, gegen die Einreiseverbote und Kontensperrungen verhängt werden.

Die Freilassung der vier letzten noch festgehaltenen OSZE-Geiseln am Sonntagabend wird in dieser Hinsicht als gutes Zeichen gewertet, allerdings auch als Beleg für den russischen Einfluss auf die Separatisten. Auch Russland habe „seinen Anteil daran, dass es zu dieser Freilassung kommen konnte“, lobte Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier. Zu den weiteren Forderungen der EU gehören der Beginn

„substanzieller Verhandlungen“ über die Umsetzung von Poroschenkos Plan, die Rückgabe dreier von den Separatisten kontrollierter Grenzstationen und die Einigung auf einen „Überprüfungsmechanismus“ für die Waffenruhe sowie die wirksame Kontrolle der Grenze.

Bereits diesen Montag werden die EU-Botschafter beraten, am Dienstag tagt das Sicherheitspolitische Komitee. Sollte das jüngste Ultimatum an Russland erfolgreich bleiben, wird es für die EU schwierig, Wirtschaftssanktionen zu vermeiden. Im Raum steht die Drohung der Staats- und Regierungschefs, zu diesem Zweck einen Sondergipfel einzuberufen. Am 16. Juli treffen sie sich ohnehin, um nach der Wahl von Jean-Claude Juncker zum Kommissionspräsidenten über ein Personalpaket für die EU-Spitze zu beraten. > Seiten 4, 6

## Schummeln im System

Ein Versuch zeigt: Ex-DDR-Bürger mogeln öfter als Wessis

Es ging nur um sechs Ein-Euro-Münzen. Doch wer im Amt seinen neuen Pass abholen muss, spielt in der Wartezeit gerne auch um einen kleinen Gewinn. Würfel, Becher und Geld hatten Forscher der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität und der US-amerikanischen Duke University Anfang Dezember in neun Berliner Bürgerämter gebracht. 259 Berliner mussten ein paar Fragen, etwa zu ihrer Herkunft, beantworten und durften würfeln. Die Regeln des Spiels machten es den Probanden leicht, das zu tun, was die Forscher sehen wollten: zu schummeln.

Mogelt mehr, wer aus einer Familie kommt, die aus der DDR stammt? Oder wer einen westdeutschen Hintergrund hat? Die Spieler durften sich vor jedem ihrer 40 Würfe entscheiden, ob die nach oben oder die nach unten liegende Seite zählen sollte. Sie taten das für sich im Stillen und mussten erst nach Fall des Würfels sagen, welche Seite sie gewählt hat-

ten. Wären alle ehrlich gewesen, hätten alle Spieler zusammen nach den Regeln der Wahrscheinlichkeit im Schnitt 3,5 Augen gesammelt. Bei den Westdeutschen lagen aber 5 Prozent mehr über dem Schnitt als mathematisch erwartbar, bei den Ostdeutschen 10. Dieses klare Ergebnis war mit Zufall nicht zu erklären: Ostdeutsche Spieler haben demnach doppelt so häufig betrogen wie westdeutsche. Und je älter die Ostdeutschen waren, desto höher lag der Schnitt ihrer Würfelsergebnisse – sie mogelten also noch mehr.

„Das heißt nicht, dass Ostdeutsche schlechtere Menschen sind“, versichert Lars Hornuf, Mitautor der Studie. Den Grund des Schummelverhaltens vermuten die Forscher darin, dass die Mitspieler

aus Ostdeutschland dem real existierenden Sozialismus der DDR ausgesetzt waren – einem System, das Vertrauen und Ehrlichkeit nicht eben förderte. Und darum geht es den Verhaltensökonom: zu erforschen, was das Handeln der Menschen bestimmt. So testete 2012 ein Forscherteam, in welcher Situation Bonner Studenten für Geld Labormäuse in den Tod schicken würden. Aus dem umstrittenen Versuch folgerten sie: Märkte mindern die Moral. Der Berliner Versuch lässt hingegen schließen: Die real existierende Alternative war keineswegs besser.

Ein Experiment wie dieses mutet spielerisch an und dazu passt, dass der Hauptautor Dan Ariely seine Studiengruppe in feiner Ironie „Zentrum für fortgeschritte-

ne Rückschau“ nennt und auf deren Webseite im Biene-Maja-Kostüm posiert. Doch in der Branche ist der Professor der renommierten Duke University, Bestsellerautor und Kolumnist des *Wall Street Journal*, sehr angesehen. Der Kollege arbeite „originell und methodisch immer sehr sauber“, sagt Joachim Weimann. Für den Wirtschaftsprofessor von der Uni Magdeburg bekräftigt der Würfelversuch frühere Studien. Weimann hat per Würfel-spiel mehrfach das Sozialverhalten in Ost und West untersucht – Resultat: Ehemalige DDR-Bürger zeigten sich weniger kooperativ und solidarisch als Wessis.

Die Berliner Spieler wurden auch gebeten, einen Teil ihres Gewinns zu spenden. Ossis wie Wessis taten es gleichermaßen brav. Hornufs Erwartung, dass die Mogler mehr abgeben würden, „um sich reinzuwaschen“, erfüllte sich dagegen nicht. So schlecht war das Gewissen der Schummeler offenbar nicht. JAN BIELICKI

## Gauck unterschreibt Diätengesetz vorerst nicht

Bundespräsident will „sorgfältig“ prüfen, ob die vom Bundestag beschlossene Erhöhung verfassungsgemäß ist

**Berlin** – Im Bundespräsidialamt gibt es offenbar Bedenken gegen das umstrittene Gesetz zur Erhöhung der Diäten für Bundestagsabgeordnete. Eine Sprecherin von Bundespräsident Joachim Gauck sagte am Sonntag auf Anfrage, es handle sich um eine „komplexe Angelegenheit, die einer sorgfältigen Prüfung bedarf“. Sie betonte jedoch, eine Prüfung sei „keine Blockade“. Zuvor hatte die *Bild*-Zeitung berichtet, Gauck unterschreibe das Gesetz nicht, weil im Präsidialamt Zweifel an der Verfassungsmaßigkeit bestünden.

Ursprünglich sollte das Gesetz zum 1. Juli in Kraft treten, also von Dienstag an gelten. Vorgesehen ist, dass die Diäten zunächst von bisher 8252 auf 8667 Euro im Monat steigen. Zum Beginn des nächsten Jahres soll es eine weitere Steigerung auf

9082 Euro geben. Sollte Gauck das Gesetz nach dem 1. Juli unterschreiben, würde es rückwirkend wirksam. Die Parlamentarier bekämen dann Geld nachgezahlt.

Umstritten ist das Gesetz vor allem wegen eines bestimmten Mechanismus: Von 2016 an sollen die Bezüge der Parlamentarier an die Entwicklung der Bruttoflöhne und -gehälter gekoppelt sein. Dadurch stiegen sie im Fall von Lohnerhöhungen automatisch, ohne dass die Abgeordneten dies noch beschließen müssten. Dem *Bild*-Bericht zufolge konzentrieren sich auf diesen Punkt auch die Bedenken im Präsidialamt: Diätenerhöhungen, so laute die Einschätzung dort, müssten öffentlich beschlossen werden. Aus den Reihen der großen Koalition hingegen wurde am Wochenende vorgebracht, dass es sich nicht um einen echten

Automatismus handle. Schließlich müsse der Bundestag zu Beginn jeder Wahlperiode jeweils neu beschließen, das beschriebene Verfahren anzuwenden.

Das Gesetz wurde am 21. Februar mit den Stimmen von Union und SPD im Bundestag beschlossen, erreichte das Präsidialamt jedoch erst am 19. Mai. Hierin und in der Termindichte Gaucks während der vergangenen Wochen könnte ein weiterer Grund für die Verzögerung liegen. Zudem dürfte das Staatsoberhaupt durch die öffentliche Diskussion sensibilisiert sein.

Die große Koalition will durch die beiden Steigerungen bis zum Beginn des nächsten Jahres die Bezüge der Abgeordneten auf das Niveau von Bundesrichtern heben. Diese Richtgröße ist seit 1995 im Abgeordnetengesetz verankert, wurde aber nie

erreicht. Im Gegenzug soll es Einschnitte bei der Altersversorgung geben, die aber durch die höheren Diäten ausgeglichen werden. Es kommt sehr selten vor, dass der Bundespräsident ein Gesetz stoppt.

Die Union legte Gauck nahe, das Gesetz zu unterschreiben. „Der Bundespräsident könnte seine Unterschrift unter das Gesetz nur dann verweigern, wenn es ganz offenkundig verfassungswidrig wäre“, sagte Michael Grosse-Brömer, Parlamentarischer Geschäftsführer der Unions-Bundestagsfraktion, der *Welt am Sonntag*. „Dafür gibt es aber in meinen Augen keinen Anhaltspunkt.“ Seine Kollegin von den Grünen, Britta Haßelmann, hielt dagegen: „Die große Koalition kriegt mal wieder die Quittung dafür, dass sie sich ihrer Herrschaft so sicher ist.“ CHRISTOPH MECKMANN

## FUSSBALL-WELTMEISTERSCHAFT



**Auch Pitbulls weinen.** Die Chilenen beklagen den Achtfinal-K.o. im Elfmeterschießen gegen Brasilien. > Seiten 4, 27, 28

**Fehlender Stürmer.** Vor dem Duell mit Algerien beginnen die Deutschen den verletzten Marco Reus zu vermissen. > Seite 29

**Trendwende.** Fifa-Präsident Blatter spricht sich für den Videobeweis aus, den er jahrelang abgelehnt hatte. > Seite 33



Spielberichte zu allen WM-Partien, die nach Andruck dieser Ausgabe enden, finden Sie auf [sueddeutsche.de](http://sueddeutsche.de) und in der digitalen Ausgabe. Dies gilt auch für alle Samstagsspiele. Die digitale SZ ist für Abonnenten während der gesamten WM kostenlos. > [sz.de/wm-digital](http://sz.de/wm-digital)

## EZB nutzt Dienste von Verizon

Umstrittener US-Konzern verantwortlich für Datenverkehr

**Berlin/München** – Auch die Europäische Zentralbank (EZB) nimmt Internet-Zugänge des umstrittenen Telekomkonzerns Verizon in Anspruch. Nach SZ-Informationen ist die deutsche Tochter der US-Firma seit 2004 für einen Teil der IT-Infrastruktur bei der EZB verantwortlich. Der Konzern steht im Verdacht, große Datenmengen an den US-Geheimdienst NSA zu übermitteln. Die Bundesregierung will ihre Zusammenarbeit mit Verizon deshalb beenden. Politiker fordern nun auch den Ausstieg aus dem EZB-Vertrag. sz > Seite 2

## Adenauer-Stiftung für moderneres Familienbild

**München** – Eine Expertise der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung stellt zentrale Traditionen eines konservativen Familienbildes infrage. Es sei eine „zentrale Schwäche“ der Familienpolitik, dass die Vielfalt der Lebensformen nicht genug berücksichtigt werde, heißt es in dem Papier. Homosexuelle Paare mit Kindern oder Patchworkkombinationen seien vorbehaltlos als Familie zu betrachten. HEID > Seiten 4, 5

## Pariser Minister greift EU-Kommission an

**Paris** – Die französische Regierung macht Front gegen die EU-Kommission. Solange Brüssel seinen „Dogmatismus“ in Sachen Wettbewerbskontrolle nicht aufgeben werde, es keine großen europäischen Konzerne geben können. Das aber sei dann Wasser auf die Mühlen europafeindlicher Parteien, klagt Frankreichs Wirtschaftsminister Arnaud Montebourg im Interview mit der *Süddeutschen Zeitung*. sz > *Wirtschaft*

## Zollgewerkschaft warnt vor Sozialbetrug

**Berlin** – Der Bundesverband Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ) rechnet nach Einführung des Mindestlohns mit einem „erheblichen Anstieg der Scheinselbstständigkeit“. Dies könnte vor allem in Kleinbetrieben der Fall sein, die „Beschäftigte entlassen und als Scheinselbständige wieder beschäftigen“, heißt es in einer BDZ-Stellungnahme. r6 > Seite 4, *Wirtschaft*

## DAS WETTER

TAGS 21°/5° NACHTS

Weiterhin wechselhaftes und sehr kühles Wetter. Gebietsweise kurze Regengüsse, örtlich auch Gewitter. Nur ab und zu Sonnenschein. Im Tagesverlauf im Südwesten freundlicher und trockener. Temperaturen nur 15 bis 21 Grad. > Seite 17

**Gewinnzahlen vom Wochenende**  
**Lotto** (28.06.): 2, 18, 26, 32, 36, 39  
**Superzahl:** 3  
**Toto:** erst Mittwoch, 27. ab 1 Uhr  
**Auswahlwette:** Mittwoch, 27.  
**Zusatzspiel:** lag nicht vor  
**Spiel 77:** 1 8 9 9 8 3 0  
**Super 6:** 9 0 4 7 1 0 (Ohne Gewähr)  
> *Weitere Gewinnzahlen: Wirtschaft, Seite 21*

